

© Schwerpunkt »Agrarindustrie und Bäuerlichkeit«

Auf Papiertiger kann man verzichten

Der Waldschwund geht weltweit weiter – Beispiele aus der internationalen Waldpolitik

von László Maráz

Es ist wie beim Klimaschutz: eigentlich weiß man, was zu tun wäre, doch das Unheil nimmt seinen Lauf. Allen Warnungen und Erkenntnissen zum Trotz steigen nicht nur die Treibhausgasemissionen, sondern auch die Waldflächen nehmen weltweit immer weiter ab. Die Degradation von Wäldern ist anscheinend nicht zu stoppen. Selten ist es jedoch, wie immer wieder behauptet wird, die Armut der Bevölkerung, die für die Zerstörung und Plünderung der Wälder verantwortlich zu machen ist. Großgrundbesitzer, die Agrarindustrie, Viehzüchter und Holzhändler sind vielmehr die treibenden Kräfte und Profiteure der Waldrodungen. Und solange der Verbrauch an waldzehrenden Produkten vor allem in den wohlhabenden Industriestaaten weiter so hoch bleibt und sogar wächst, wird sich das nicht ändern. Da helfen auch große Worte und Beschlüsse nicht, deren sich wichtige Interessengruppen und Entscheidungsträger immer wieder bedienen, um der Waldzerstörung Einhalt zu gebieten. – Der folgende Beitrag analysiert zunächst den vorerst gescheiterten Versuch, eine europäische Waldkonvention zu verabschieden, schildert die Lage in zwei Brennpunkten der internationalen Waldpolitik (Indonesien und Brasilien), berichtet aber auch über sich abzeichnende Fortschritte beim weltweiten Schutz intakter Waldgebiete.

Zu vage und zu unkonkret – Europäische Waldkonvention scheitert

Das weltweit erste, rechtlich verbindliche internationale Abkommen zur Bewirtschaftung der Wälder sollte am 7. und 8. November 2013 in Genf ins Leben gerufen werden. Darin wollten sich die Mitgliedstaaten der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (MCPFE, jetzt Forest Europe) zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Wälder verpflichten. Dabei sollten sechs Kriterien beachtet werden: Waldressourcen, Waldgesundheit, Produktivität, Biodiversität, Schutzfunktionen und andere sozioökonomische Funktionen.¹

Das klingt zwar schön und gut. Dennoch sprachen sich Pro Natura, das Forum Umwelt und Entwicklung und der Deutsche Naturschutzring (DNR) zusammen mit 33 weiteren europäischen Nichtregierungsorganisationen und NGO-Netzwerken wie z. B. Friends of the Earth Europe, BirdLife Europe und Greenpeace gegen die Unterzeichnung dieses Abkommens aus.² Denn das Abkommen gab mehr vor, als es war: Die Konvention sollte zwar formal verbindlich sein, enthielt aber kaum Substanz und die Vertragspartner wollten sich

zu nichts verpflichten. So wollte man den Eindruck verbreiten, europäisches Holz sei *per se* nachhaltig, bedenkenlos nutzbar und in europäischen Wäldern gebe es keinen Handlungsbedarf für mehr Biodiversität. Ein Persilschein *par excellence*.

So fehlt es an verbindlichen Standards, wie ein Wald und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung definiert werden sollten. Man wollte nicht zwischen Monokulturplantagen und artenreichen Mischwäldern aus standortheimischen Bäumen unterscheiden, obwohl sich gemäß Analyse der Europäischen Umweltagentur (EEA) etwa 60 Prozent der europäischen Waldtypen in einem schlechten Erhaltungszustand befinden. Da dieser schlechte Zustand in der Waldkonvention nicht anerkannt wurde, war auch keine Besserung zu erwarten.

Doch eine Waldkonvention muss sagen, was getan werden muss, damit sich die Waldlebensräume bis 2020 qualitativ wieder deutlich verbessern. Und sie sollte auf bestehenden Programmen aufbauen. Doch wichtige Grundlagen wie die UN-Biodiversitätskonvention und ihr Waldprogramm wurden ignoriert. Daher geriet das Abkommen mit seinem unverbindlichen Konventionstext zum reinen *greenwashing* und wurde von fast allen europäischen NGOs abgelehnt.

So wollte sogar Russland, das (erfolglos) den Antrag gestellt hatte, dass NGOs nur an den Verhandlungen teilnehmen können, wenn kein einziger Vertragsstaat Einspruch erhebt, das Abkommen befürworten. Russland verfolgt eine Waldpolitik, die absolut kein Nachhaltigkeitslabel verdient. Dass bei den Verhandlungen in Genf die Einigung zu den letzten noch strittigen Punkten nicht erfolgte, ist daher für den Naturschutz Anlass zur Freude, zumal viele diese Konvention gerne als Blaupause für andere regionale Waldkonventionen oder gar eine globale Waldkonvention sehen. Doch bleibt abzuwarten, ob es den Ministern in den nächsten Monaten vielleicht doch noch gelingt, sich zu einigen, ob nun FAO oder UNECE die Führung übernehmen oder ob es Deutschland gelingt, mit seinem Angebot von 100.000 Euro pro Vertragsstaatenkonferenz plus Personalkosten für Sekretariat und Spesen die anderen Staaten von einer Ansiedlung in Bonn zu »überzeugen«.

Auch die Vereinigung Europäischer Waldbesitzer engagiert sich nach wie vor für eine Waldkonvention, da diese eine »gesetzliche Basis für Nachhaltige Forstwirtschaft« schaffen würde.³ Diese sei wiederum das entscheidende Element für die Gewährleistung einer multifunktionalen Forstwirtschaft. In Wahrheit geht es aber eher darum, die Bedeutung des Forstsektors zu stärken, denn niemand – außer man selbst – hindert etwa die Waldbesitzer und Forstwirtschaft daran, nachhaltigere Waldnutzung zu betreiben. Stattdessen weigert man sich nach wie vor, sich zu konkreteren und verbindlicheren Bewirtschaftungsstandards zu bekennen, was am Beispiel des Scheiterns der Einführung einer »Guten fachlichen Praxis« seit Jahren gut zu beobachten ist.

Doch ist all dies für die Naturschutzverbände weniger entscheidend. Solange die Substanz nicht präzisiert wird und der Verweis auf die MCPFE-Biodiversitätskriterien nur vage ist; solange keine konkreten Ziele gesetzt werden und Wirtschaftsinteressen im Vordergrund stehen; solange das Compliance Committee nicht Zähne bekommt und selbst entscheiden darf, auf welche Informationen es seine Einschätzungen stützt und NGOs Verstöße gegen die Konvention nicht melden dürfen – so lange wird sich die Begeisterung der Verbände in Grenzen halten. Dann sollte man lieber so ehrlich sein und seine Bemühungen auf wirksamere Maßnahmen und Instrumente konzentrieren – und den Vorschlag zu einer Waldkonvention so schnell wie möglich tief unten in einer Schublade verschwinden lassen.

Wirtschaft vor Waldbewohnern – Indonesiens desaströse Waldpolitik

Trotz umfangreicher Bemühungen, die Waldzerstörung Indonesiens zu bremsen, zeichnet sich dort eine fatale Entwicklung ab. »Waldzerstörung ist unver-

meidbar«, gab im August 2014 Hadi Daryanto, der Generalsekretär des Indonesischen Forstministeriums, lapidar zu Protokoll. Kein Wunder, denn die Regierung will neue Genehmigungen zur Umwandlung (= Zerstörung) von Wäldern erteilen.⁴ Insgesamt 14 Millionen Hektar Wald, ein Viertel mehr als die gesamte Waldfläche Deutschlands, sollen für die Anlage neuer Plantagen – vor allem für Ölpalmen – geopfert werden.

Von dem Vorhaben sollen zwar nur »degradierte« Wälder betroffen sein, doch selbst diese spielen für den Klimaschutz und die Bewahrung der biologischen Vielfalt eine wichtige Rolle. Zumal auch Wälder, die etwa durch Holzeinschlag geschädigt und entwertet wurden, durch Restaurationsmaßnahmen wieder aufgewertet werden können. Doch wenn für das Wirtschaftswachstum Indonesiens mal eben Abermillionen Hektar Land geopfert werden, fragt man sich, wo das enden soll und wie man diesen Raubbau an der Natur in den kommenden Jahrzehnten bremsen will. Alleine im Jahr 2012 schrumpfte die Waldfläche des Landes um 840.000 Hektar. Holzeinschlag, Ölpalmenplantagen, Holzplantagen und Bergbau zählen zu den größten Flächenverbrauchern.

Meist wird ja angesichts solcher Entwicklungen behauptet, die Wälder würden der wirtschaftlichen Entwicklung geopfert und man wolle der armen Bevölkerung Wohlstand bringen. Welcher Umweltschützer will schon Hunger und Armut fördern? Doch sieht man genauer hin, offenbart sich ein gravierender Mangel dieser Landnutzungspolitik: Die allermeisten Wälder sind nicht menschenleer; viele Menschen leben vielmehr von der schonenden Nutzung dieser Waldgebiete. So befinden sich 99 Prozent der Konzessionen für Ölpalmenplantagen in bewohnten oder traditionell genutzten Wäldern,⁵ andere sind illegal.⁶ Da die Waldanwohner aber vor allem sich selbst mit dem Lebenswichtigsten versorgen und keine Exportprodukte erzeugen, bleiben sie in den staatlichen Planungen außen vor.

Auch auf internationaler Ebene wird allzu oft eine brandrodende Armutsbevölkerung der Waldzerstörung bezichtigt, der man mit Entwicklungsprojekten »helfen« müsse. Doch die meisten Projekte dienen vor allem dazu, den wachsenden Rohstoffbedarf der Industriegesellschaften zu decken. So werden Holzfasern aus Urwäldern und Monokulturplantagen nicht mehr nur zur Erzeugung von Zellstoff für die Papierindustrie verwendet. Längst hat sich eine Industrie etabliert, die aus Zellulose verschiedene Arten von Kunstfasern herstellt und am Raubbau der Tropenwälder beteiligt ist. Bekannt sind hier Viskose, Rayon, Tencel, Lyocell und Modal. Was hierzulande als Fortschritt gefeiert wird (wie z. B. bei der österreichischen Firma Lenzing⁷, die aus Buchenholz verschiedene Kunstfasern herstellt), kann in großem Umfang zum Problem werden. Dabei

ist die Herstellung von Fasern aus nachwachsenden Rohstoffen eine an und für sich sinnvolle Sache. Doch wie bei Biokraftstoffen oder Energieholz gilt auch hier, dass der Wald und die Bäume nicht so schnell nachwachsen, wie es Konsumenten und Industrie gerne hätten. Inzwischen machen Umweltorganisationen wie das Rainforest Action Network in den USA bereits Kampagnen gegen den massenhaften Einsatz von Kunstfasern auf Zellulosebasis.⁸

Nur auf dem Papier gut? – Waldgesetzgebung in Brasilien

Was hat man in den vergangenen Jahren nicht alles vom brasilianischen Waldgesetz gehört? Alle paar Monate schwirrt eine Eilaktion durchs Netz, in der von einer drohenden Verschlechterung gewarnt wurde. Der 80-prozentige Waldanteil, der für Grundbesitz in Amazonien als vorgeschrieben galt, soll – so wird befürchtet – auf 50 Prozent schrumpfen. In der Tat: Geldgierige Großgrundbesitzer, Sojafarmer und Viehzüchter haben längst mehr Wald gerodet als erlaubt und ihre Lobby tut viel dafür, um die hinderliche Vegetation loszuwerden.

Das brasilianische Waldgesetz war 2012 verabschiedet worden. Geholfen hat das dem Wald und seinem Schutz aber bislang nicht viel. Zudem beeinflussen zu viele Faktoren die Abholzungsrate, über deren Höhe widersprüchliche Angaben kursieren. Mal sind es Wirtschaftskrisen oder Schutzmaßnahmen, die für weniger Waldverluste sorgen. Mal sind es der Sojaboom, die Holzfällerei oder das trockene Klima, die die Abholzungsraten in die Höhe treiben.

Im September 2014 waren gleich zwei Senatoren Brasiliens nach Deutschland gekommen, um über die »neue Waldpolitik Brasiliens« zu informieren. Luiz Henrique und Jorge Viana stellten die Funktionsweise und Bedeutung der aktuellen Waldgesetzgebung vor. Sie lobten das Werk in höchsten Tönen, denn im neuen Waldgesetz habe man dafür gesorgt, dass die Vorschrift, nach welcher sämtliche Landgrundstücke mindestens zu 80 Prozent bewaldet sein müssen, wieder eingehalten werden muss. Dazu müssen alle Landeigentümer ihre Grundstücke im Land-Umwelt-Kataster registrieren lassen. Wer in vergangenen Jahren zu viel abgeholzt hat, muss mit einer Strafe rechnen. Deren Vollzug wolle man für 20 Jahre aussetzen – so lange bliebe Zeit, die Flächen wieder aufzuforsten. Für die kleinen und mittleren Landeigner sei das System »flexibel«. In Brasilien besitzen 90 Prozent der Landeigner 24 Prozent der Flächen und können sich, sofern sie diese sinnvoll bewirtschaften, um einen Teil der Verpflichtung drücken. Die Großgrundbesitzer (zehn Prozent), die über 90 Prozent der Flächen verfügen, würden dagegen sehr streng behandelt und müssen auf jeden Fall

aufforsten. Insgesamt gehe es um fast fünfzehn Millionen Grundbesitzer, die schon bald registriert würden. 2015 solle die Erfassung abgeschlossen sein.

In der Realität hört sich die Geschichte allerdings völlig anders an. Zwar ist die Entwaldungsrate in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. 1995 wurden in Amazonien noch 2,7 Millionen Hektar gerodet. Die Abholzung nahm aber zwischen 2005 und 2012 auf jährlich 450.000 Hektar ab. Dass 2013, im Jahr nach der Verabschiedung des neuen Waldgesetzes, die Waldverluste wieder auf 580.000 Hektar angestiegen sind, deutet jedoch nicht auf eine Erfolgsgeschichte hin.

So berichtet das »Observatório do Código Floresta«, ein Zusammenschluss von 13 Nichtregierungsorganisationen,⁹ davon, dass die im Waldgesetz vorgesehenen Maßnahmen im Land erst gar nicht umgesetzt worden seien. Die für die Registrierung der 5,4 Millionen Grundstücke erforderlichen Verordnungen seien erst im Mai 2014 veröffentlicht worden. Einer Analyse der Vermont Law School¹⁰ zufolge habe das Waldgesetz eine Amnestie für diejenigen ermöglicht, die in der Vergangenheit illegale Waldrodungen vorgenommen haben und den Wald nur noch auf 50 Prozent ihrer Ländereien zu erhalten brauchen. Manche kleinen Grundbesitzer brauchten überhaupt nicht aufzuforsten und zu vielen Gesetzesbrechern würden die Strafen komplett erlassen. Dies dürfte viele zu weiteren Rodungen ermutigen.

Im Gegensatz zum weltweiten Interesse am Schutz der tropischen Regenwälder in Amazonien wird den Abholzungen in den Baumsavannen der Campos Cerrados meist sehr wenig Beachtung geschenkt. Dabei ist inzwischen etwa die Hälfte dieser Ökosysteme zerstört worden und die neue Waldgesetzgebung könnte die legale Rodung von bis zu 40 Millionen Hektar Cerrado-Vegetation ermöglichen, eine Fläche größer als Deutschland.¹¹

Das Beispiel Brasiliens belegt eindrucksvoll, dass es selten die Armut ist, die für die Waldverluste verantwortlich zu machen ist. Großgrundbesitzer, die Agrarindustrie, Viehzüchter und Holzhändler sind die treibenden Kräfte und Profiteure der Waldrodungen. Brasilien als wohlhabendes Industrieland baut weiter zu stark auf die Plünderung der Naturressourcen, ohne dabei die Interessen großer Teile der Landbevölkerung zu berücksichtigen. Indigene Völker, Landlose und Kleinbauern werden mit den Folgen der Naturzerstörung konfrontiert, während sich andere Akteure am Reichtum erfreuen.

Fortschritte beim Waldschutz – FSC und der Schutz intakter Waldgebiete

Der Forest Stewardship Council (FSC) wird gemeinhin als das anspruchsvollste Zertifizierungssystem für

Waldnutzung bezeichnet. Im Gegensatz zu anderen Systemen, wie etwa dem PEFC, werden die Richtlinien von Vertretern dreier verschiedener Kammern aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt bestimmt. Eine Zweidrittelmehrheit ist dabei erforderlich, was es für Umweltverbände nicht immer einfach macht, ihre Forderungen und Vorstellungen durchzusetzen.

Greenpeace hat den FSC vor 20 Jahren mitgegründet, um eine Lösung für die Bewirtschaftung von Wäldern zu suchen, die ständig im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen liegen. Während anfangs nur sehr wenige Produkte das FSC-Siegel trugen, können Verbraucher heute auf vielen Produkten das FSC-Logo finden und sich mit dem Einkauf bewusst für eine verantwortungsvolle Nutzung von Wäldern einsetzen.

Doch auch wenn der FSC derzeit die beste Zertifizierung für eine nachhaltige Waldwirtschaft ist, gibt es innerhalb des Systems und der dazu gehörigen Standards noch einiges zu verbessern. Durch das schnelle Wachstum ist der FSC beispielsweise in Regionen der Welt wie das Kongobecken vorgedrungen, in denen eine glaubwürdige FSC-Zertifizierung nur sehr schwer umzusetzen ist. Korruption und fehlende Strukturen machen eine erfolgreiche, transparente Zertifizierung sehr schwierig – ohne konkrete Vorsichtsmaßnahmen und Regelungen vor allem zum Schutz intakter Waldgebiete geht der FSC hier ein großes Glaubwürdigkeitsrisiko ein.

Auch in anderen Ländern wie Finnland, Russland oder Kanada hat Greenpeace nachgewiesen, dass der Schutz der letzten intakten Waldlandschaften im Rahmen der FSC-Zertifizierung nicht ausreichend ist und den FSC mit den Ergebnissen der Recherche konfrontiert.¹² Denn es ist seit Langem ein Anliegen von Greenpeace, den FSC dazu zu bewegen, mehr für den Schutz noch intakter Waldgebiete zu leisten.

Jetzt gibt es Gutes zu berichten: Der FSC hat auf seiner Vollversammlung im September 2014 mit großer Mehrheit beschlossen, Maßnahmen für den Schutz und Erhalt der großen, noch intakten Waldgebiete (Intact Forest Landscapes – IFLs) umzusetzen.¹³ Anfang September hatte Greenpeace zusammen mit der University of Maryland und dem World Resources Institute eine Karte veröffentlicht, die die rasante Zerstörung der letzten intakten Waldwildnis dokumentiert und auf die Dringlichkeit der Erhaltung dieser Wälder aufmerksam gemacht.

Eine Einigung über den Schutz der IFLs war nicht leicht, denn die Interessen der über 600 anwesenden FSC-Mitglieder sind vielfältig. Zur Vollversammlung im spanischen Sevilla kamen FSC-Mitglieder aus aller Welt: Vertreter von Holzfirmen, Umweltorganisationen wie Indigene. Auch Kumi Naidoo, Geschäftsführer von Greenpeace International, war bei der Vollversammlung in Sevilla anwesend und machte in seiner

Rede deutlich, dass der Schutz der letzten intakten Waldlandschaften für unsere Zukunft dringend notwendig ist.

Mit der Entscheidung für den verbesserten Schutz der intakten Waldgebiete wurde ein großer Schritt getan: Der FSC wird nun Maßnahmen ergreifen, um die letzten intakten Waldlandschaften überwiegend zu erhalten. Dazu gehört z. B., Gebiete im Herzen der IFLs zu schützen, mit kleineren Unternehmen nach alternativen Bewirtschaftungsformen zu suchen und die Rechte der traditionellen Waldbevölkerung noch stärker zu berücksichtigen.

Jetzt kommt es darauf an, dass dieser Beschluss auch zeitnah umgesetzt wird. Die von Greenpeace und anderen veröffentlichten IFL-Karten können dabei helfen, den FSC zur bisher ersten und einzigen Zertifizierungsinitiative zu machen, die in ihrem Verantwortungsbereich für ausreichenden Schutz der letzten großen Urwaldgebiete sorgt.

Anmerkungen

- 1 F. Wulf: Leider nur »greenwashing«. Europäische Waldkonvention vorerst gescheitert. In: FUE Rundbrief 4/2013.
- 2 »Nichtregierungsorganisationen weisen gesetzlich bindendes Waldabkommen zurück«, Pressemitteilung des Forum Umwelt und Entwicklung vom 14. Juni 2013.
- 3 CEPF: European forest sector calls for a constructive solution towards a future Legally Binding Agreement (LBA) on forests in Europe (www.cepf-eu.org/artikkel.cfm?ID_art=748).
- 4 Govt deforestation to continue amid emission-reduction plans. In: The Jakarta Post, 16 August 2014.
- 5 R. Buttler: Half of Riau's oil palm plantation are illegal (12. August 2014).
- 6 N. Gilbert: Fibre production drives deforestation in Indonesia. In: Nature, 21 July 2014.
- 7 www.lenzing.com/konzern/nachhaltigkeit/innovation.html.
- 8 www.ran.org/activists_confront_the_fashion_15.
- 9 www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/audiencia-publica-seminario-e-debate-marcam-segundo-aniversario-do-novo-codigo-florestal.
- 10 R. Purdoma and K. Nokes: Brazil repeals forest code and deforestation accelerates.
- 11 »Untangling Brazil's controversial new forest code«, Pressemeldung des Woods Hole Research Center 2014. – Siehe auch: Pro Stunde wurden 526 Fußballfelder abgeholzt. In: Die WELT vom 19. November 2014.
- 12 »FSC in der Krise«, Meldung von Greenpeace vom 5. August 2014.
- 13 Intact Forest Landscapes (www.intactforests.org/).



László Maráz

Koordinator der vom BfN geförderten Verbände- und Dialogplattform zur Wald-biodiversität sowie der AG »Wälder« des Forums Umwelt & Entwicklung

Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstraße 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: maraz@forumue.de